

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 12. März 2019 / Mardi après-midi, 12 mars 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires

59 2018.RRGR.205 Motion 071-2018 Kullmann (Hilterfingen, EDU)
Mehr Ressourcen für Strafverfolgungsbehörden und eine stärkere Kooperation mit der Zivil-
gesellschaft in der Bekämpfung des Menschenhandels
Richtlinienmotion

59 2018.RRGR.205 Motion 071-2018 Kullmann (Hilterfingen, UDF)
Plus de ressources et une coopération renforcée pour lutter contre la traite d'êtres humains
Motion ayant valeur de directive

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 59. Es handelt sich um eine Motion von Grossrat Kullmann: «Mehr Ressourcen für Strafverfolgungsbehörden und eine stärkere Kooperation mit der Zivilgesellschaft in der Bekämpfung des Menschenhandels [...]». Es handelt sich um eine Richtlinienmotion. Somit befinden wir uns in einer reduzierten Debatte. Ich gebe das Wort dem Motionär, Grossrat Kullmann. Kann jemand Grossrat Kullmann für die Rednerliste anmelden? Liebe Sprecherinnen und Sprecher, melden Sie sich bitte von Ihrem Platz aus an, wenn Sie sprechen wollen. Grossrat Kullmann, Sie haben das Wort.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Entschuldigen Sie. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bedanken, dass Sie heute Morgen die Motion zur Loverboy-Problematik (*M 072-2018*) einstimmig angenommen haben und somit diesem Thema entsprechend Gewicht verleihen. Wie Sie sich sicher bewusst sind und auch bereits lesen konnten, ist das Thema des Menschenhandels, über das wir erneut sprechen, sehr vielschichtig. Es braucht verschiedene Ansätze, um diesem Problem zu begegnen. Aus diesem Grund habe ich es auch nicht bei einer Motion belassen. Die Motion von heute Morgen (*M 072-2018*) befand sich im Bereich der Prävention. Das Thema reicht aber noch in ganz viele andere Bereiche hinein.

Dieser Vorstoss hier enthält drei Forderungen. Die erste will, dass bei den Spezialisten der Kantonspolizei, die unter anderem gegen Menschenhandel ermitteln – das ist ein grosser Schwerpunkt, aber nicht das Einzige, was sie tun –, zusätzliche Stellenprozente hinzukommen. Sie benötigen diese; ich habe mich informiert. Es ist in der Motionsbegründung enthalten: Es braucht ein bis zwei Jahre intensiver Arbeit, bis ein Menschenhandelsring vielleicht aufgedeckt werden kann. Die Ermittlungen sind sehr ressourcen- und zeitintensiv. Deshalb wäre es nicht falsch, dort noch mehr Personal und Ressourcen zuzuteilen, genauso wie bei der Staatsanwaltschaft, wo grundsätzlich auch ein entsprechender Bedarf besteht. Ich sehe auch, dass es momentan politisch schwierig ist, eine Mehrheit für diesen konkreten Vorstoss zu finden. Es werden noch weitere Vorstösse zum Thema Menschenhandel folgen, die mehr eine Gesamtsicht fordern, zu denen sich der Regierungsrat positionieren kann. Deshalb ziehe ich den Punkt 1 zurück. Ich will nicht, dass durch eine allfällige Ablehnung dieses Punkts ein falsches Signal ausgesendet wird.

Der Punkt 2 hat sich zuerst als selbstverständlich angehört. In diesem geht es um eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und Non-governmental organizations (NGO). Ein Fachmann der Stadt Bern hat mir jedoch gesagt, dies sei nicht so selbstverständlich und es bestehe durchaus Potenzial gegen oben. In der Motionsbegründung habe ich zudem erwähnt, dass beispielsweise die steigenden Kosten für die Überwachung von Telefonnummern durch die Kantonspolizei ein Punkt wäre, welcher mit dem Bund besprochen werden könnte. Es könnte geschaut werden, inwiefern dort eine Reduktion möglich wäre, damit dies für den Kanton besser möglich wäre. Auch hier: Wenn der Regierungsrat der Überzeugung ist, dass dies bereits umgesetzt ist, kann man es von mir aus abschreiben. Ich persönlich werde nicht abschreiben, werde dies aber auch nicht gross bestreiten.

Der Punkt 3 ist mir ein Anliegen, da es darum geht – die grossen Schritte passieren heute nicht, dafür scheinen die Mehrheiten zu fehlen – eine Stelle zu unterstützen, die bereits vielfach erwähnt

wurde, einerseits durch den Regierungsrat und andererseits auch hier in den Debatten. Diese Stelle leistet hervorragende Arbeit, sie betreibt die nationale Hotline, wo man sich anonym melden kann, wenn man Verdachtsfälle von Menschenhandel melden will, wenn man direkt betroffen ist, oder wenn man Dinge beobachtet. Diese ist bestens vernetzt und leitet die Anliegen an die richtigen Stellen weiter. Diese Meldestelle wurde privat gestartet. Eigentlich ist dies ein Auftrag, den der Bund oder die Kantone, oder beide zusammen, längst übernehmen sollten. Momentan wird diese jedoch weitgehend durch Stiftungen und Privatspenden finanziert. Daher fände ich es richtig und angebracht, wenn der Kanton in einem bescheidenen Rahmen – ich weiss, dass wir ein Sparpaket hatten, die Kantonsfinanzen sind angespannt – ein Zeichen setzen und dieser sehr wertvollen Arbeit eine Unterstützung zusprechen. Die Finanzierung dieser Stelle wird bisher vor allem durch Private getragen. Diese Stelle trägt viel zur Bekämpfung von Menschenhandel bei. Ich sehe, das es blinkt; dieses Mal hatte ich die Zeit besser im Griff. Ich danke für die Aufmerksamkeit und das wohlwollende Prüfen des Anliegens.

Präsident. Der Präsident hat geschlafen, sonst wäre die Zeit längst abgelaufen. (*Heiterkeit / Hilarité*) Der Motionär hat den Punkt 1 zurückgezogen. Beim Punkt 2 ist er grundsätzlich mit der Regierung einverstanden. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Für die grüne Fraktion hat Grossrätin Ammann das Wort.

Christa Ammann, Bern (AL). Vorab gebe ich ihnen meine Interessenbindung bekannt: Als Leiterin der Xenia, der Fachstelle für Sexarbeit, bin ich Mitglied des erwähnten Kooperationsgremiums Menschenhandel (KOGH), ein Runder Tisch zum Menschenhandel im Kanton Bern. Entsprechend greife ich auf den Punkt 2 vor. Ich kann aus Sicht der NGO bestätigen, dass die Zusammenarbeit in diesem Gremium sehr gut funktioniert und dieser Motionspunkt entsprechend auch schon erfüllt ist. Deshalb kann man diesen annehmen und gleichzeitig abschreiben. Menschenhandel ist ein Verbrechen. Darin sind sich unsere Fraktion und der Motionär einig. In der Frage, wie man politisch möglichst wirkungsvolle Instrumente für eine effektive Bekämpfung von Menschenhandel bestimmen könnte, bestehen gewisse Differenzen.

Die Forderung von Punkt 1, die nun zwar zurückgezogen wurde, aber auch die Forderung von Punkt 3 schütten das Kind mit dem Bad aus. Weshalb? – Wir alle hier wissen, dass die politischen Mehrheiten im Kanton sparen wollen. Diese Ausgangslage bedeutet, dass wir uns die Frage stellen müssen, wo die vorhandenen oder allenfalls auch zusätzliche Mittel zur Bekämpfung von Menschenhandel möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden können. Dazu müssen wir uns einen Überblick über die ganze komplexe Thematik des Menschenhandels verschaffen. Dieser fehlt uns im Moment. Unsere Fraktion lehnt den Punkt 1, der offenbar zurückgezogen wurde, aber auch den Punkt 3 der Motion ab. Das gilt auch für ein allfälliges Postulat – nicht, weil wir finden, dass es auf keinen Fall eine Erhöhung der Stellenprozente oder des finanziellen Beitrags bei der spezialisierten Polizei, Justiz oder bei den NGOs braucht, sondern, weil wir finden, dass diese Frage in einer Gesamtschau diskutiert werden muss. Woher sollen die Mittel für die Strafverfolgung, die Prävention und den Opferschutz herkommen? Eine punktuelle Überprüfung einer einzelnen NGO macht im Moment keinen Sinn. Es braucht zuerst eine Auslegeordnung. Entsprechend werden wir heute ein breit abgestütztes Postulat (*P 083-2019*) einreichen, welches genau diese Auslegeordnung fordert, damit wir politisch solide Entscheidungen fällen können und anstelle von Symbolpolitik auch tatsächlich etwas gegen Menschenhandel unternehmen können.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Wie in einem vorangegangenen Votum meinerseits bereits gesagt, ist es der Fraktion der EVP ein Anliegen, zu betonen, dass im Bereich des Menschenhandels und dessen Bekämpfung in einer Gesellschaft alle Beteiligten gefordert sind. Dabei denke ich an die Zivilgesellschaft, aber auch an uns als Gesetzgebende, an Arbeitgeber, an Institutionen wie die Strafverfolgungsbehörden oder die Polizei, und nicht zuletzt denke ich an die verschiedenen NGOs, die sich in diesem Bereich engagieren. Genau dort setzt dieser Vorstoss an. Ich kann vorwegnehmen, dass die EVP-Fraktion diese Motion in den verbleibenden Punkten annehmen wird. Wir sehen jedoch auch einen Vorteil, den ein Postulat im Punkt 3 bringen könnte, hinsichtlich einer Prüfung oder Anregung dieser interkantonalen oder nationalen Finanzierung, welche angetönt wurde. Immerhin handelt es sich um eine schweizweit operierende, nationale Meldestelle gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung, welche hier gute Arbeit leistet.

Andrea Gschwend-Pieren, Kaltacker (SVP). Ich kann es kurz machen: Die Fraktion der SVP folgt dem Regierungsrat in allen Punkten grossmehrheitlich. Wir sind, wie der Regierungsrat, der Meinung, dass die Bekämpfung des Menschenhandels ein wichtiges Thema ist.

Zu den einzelnen Punkten: Der erste wurde zurückgezogen. Den zweiten nehmen wir an und schreiben diesen gleichzeitig ab. In unseren Augen hat der Regierungsrat ausführlich und überzeugend dargelegt, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton, Gemeinden und NGO sehr gut funktioniert. Den dritten Punkt würden wir mit einer knappen Mehrheit als Postulat annehmen. Als Motion würden wir ihn, wie vom Regierungsrat vorgeschlagen, ablehnen.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (BDP). Die BDP-Fraktion ist froh, dass der Punkt 1 zurückgezogen worden ist. Die Erhöhung des Stellenetats der Staatsanwaltschaft im Bereich besondere Aufgaben wäre im Rahmen dieser Motion nicht angebracht, nicht fundiert und nicht abgestützt. Es bräuchte für eine solche allfällige Beschlussfassung eine Gesamtschau. Von dieser Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben wird zwar der Straftatbestand des Menschenhandels verfolgt, aber eben auch noch ganz viel mehr, wie beispielsweise Internetkriminalität, Wirtschaftskriminalität und so weiter.

Beim Punkt 2 werden wir der Antwort der Regierung folgen, das heisst annehmen und abschreiben. Beim Punkt 3 geht es uns gleich wie beim Punkt 1: Wir glauben, es bedürfe auch für diese Beschlussfassung einer umfassenden und gesamthaften Analyse. Wir wollen zuerst wissen, welche Akteure und welche Stellen in Bern mit welcher Rolle und Aufgabe gegen den Menschenhandel aktiv sind. Deshalb lehnen wir das Postulat hier und heute ab – nicht, weil wir Nein sagen wollen zu einer Prüfung, ob es möglicherweise mehr Ressourcen geben soll, und wenn ja, wie viele und wer davon wann profitieren soll. Wir verlangen für einen solchen Entscheid eine Gesamtschau. Grossrätin Ammann hat ein Postulat in Aussicht gestellt. Dafür sind wir dankbar. Wir werden deshalb zu gegebener Zeit dieses Postulat (P 083-2019) diskutieren. Heute lehnen wir jedoch den Punkt 3 grossmehrheitlich ab.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Menschenhandel hat immer mit Schwarzmarktbekämpfung zu tun. Die Stadt Bern hat eine lange Erfahrung mit der Bekämpfung in diesem Bereich. Ich erinnere daran, dass wir die Ausbeutung der Arbeitskräfte tagtäglich sehen. Man kann sich einen «Rundschau»-Bericht ansehen. Dieser ist sehr spannend, und es wird sehr klar, was hier läuft. Sie sehen, was im Coiffeur-Salon im Souterrain geschieht. Sie sehen, was im Bereich des Frauenmenschenhandels in Nagelstudios geschieht. Sie sehen auch, was bei Bauern bezüglich Erntehelfer geschieht. Sie sehen es auch in der Gastronomie oder der Zwangsprostitution. In der Praxis wissen wir auch, wo teilweise Handlungsbedarf besteht. Zurzeit diskutieren wir die Fragestellung, inwieweit das Steuerrecht im Kanton Bern die Frage der Bekämpfung im Schwarzmarktbereich verhindert. Das steht zum jetzigen Zeitpunkt zur Diskussion. Vielleicht werden wir nach dem Postulat von Grossrätin Ammann (P 083-2019) mehr über diese Problematik wissen.

Für unsere Fraktion ist klar, dass wir, nachdem der Punkt 1 zurückgezogen wurde, die Punkte 2 und 3 unterstützen. Weshalb Punkt 3? – Wir wissen aus der Praxis, dass das Beratungs- und Schulungszentrum ACT212 mit wenig Geld sehr wirksam und effizient arbeitet. Es ist für uns, nachdem wir gesehen haben, wie dieses arbeiten – wir haben uns informiert – klar, dass dies eine sehr kostengünstige Variante ist und so sehr vernetzt und gut mit allen Institutionen zusammenarbeitet wird, auch mit den entsprechenden Institutionen in der Stadt Bern. Aufgrund dessen sind wir bereit, diesen Punkt – obwohl die Gesamtschau bisher fehlt – zu unterstützen. Wir senden ein klares Signal aus und wollen dieser Institution in Zukunft die Möglichkeit geben, dass sie durch den Kanton Bern finanziell unterstützt wird.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrätin Riesen.

Maurane Riesen, Sonceboz-Sombeval (PSA). Le groupe PS-JS-PSA est très concerné par la problématique soulevée par la motion. La traite d'êtres humains est un fléau contre lequel nous devons être actifs à tous les niveaux. Il est important que le canton soit pleinement conscient de ses responsabilités dans ce domaine. Nous pensons cependant qu'une vision globale des organisations actives dans ce domaine est nécessaire. Une analyse préalable de l'état de situation et des différents acteurs concernés permettra de trouver les lacunes afin de pouvoir au mieux soutenir les personnes concernées.

Concernant le point 1 qui est retiré, nous l'aurions refusé, car nous pensons que l'augmentation d'un aspect répressif de la lutte contre la traite d'êtres humains n'est pas la bonne solution. Nous acceptons le point 2 et soutenons le classement de ce point, étant donné que ce dernier semble être bien réalisé selon le Conseil-exécutif et selon plusieurs organisations actives dans ce domaine. Nous acceptons le point 3 sous forme de postulat. Nous pensons que le travail effectué par la ligne d'appel nationale de déclaration contre la traite d'êtres humains et l'exploitation sexuelle est importante et qu'un soutien accru peut être envisagé au même titre qu'aux autres associations actives dans ce domaine. Certains membres vont refuser les points 2 et 3, car ils estiment qu'une vision et analyse de l'ensemble des actions possibles est nécessaire telles que le demande le postulat qui a été déposé ou qui sera déposé par notre collègue Ammann (*P 083-2019*), avant d'aller dans la direction proposée par le motionnaire.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (FDP). Die Fraktion FDP ist mit der Antwort der Regierung zu diesem Vorstoss sehr einverstanden. Den Punkt 2 empfehlen wir zur Annahme und gleichzeitig zur Abschreibung. Die Zusammenarbeit zwischen den Partnern funktioniert gut, es gibt keinen Handlungsbedarf. Den Punkt 3 nehmen wir als Postulat an. Der Regierungsrat anerkennt die wichtige Rolle der nationalen Meldestelle. Er ist bereit, entsprechende Schritte betreffend die Finanzierung zu prüfen.

Präsident. Möchte der Motionär wandeln? – Dann erhält er nochmals das Wort. Grossrat Kullmann hat das Wort.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich danke für diese Debatte. Ich möchte wandeln. Das angekündigte Postulat wird kommen. Sie können jedoch heute ein kleines Zeichen setzen. Es ist nicht nur ein Symbol, sondern es wird eine kleine Wirkung haben. Nehmen Sie den Punkt 3 als Postulat an.

Präsident. Ich gebe das Wort Regierungsrat Müller.

Philippe Müller, Polizei- und Militärdirektor. Menschenhandel ist nichts anderes als moderne Sklaverei. Menschen werden unter Zwang ausgebeutet. Das ist in unserer freien Gesellschaft undenkbar und trotzdem eine traurige Realität. Die Strafverfolgungsbehörden haben eine Handhabung, da Menschenhandel unter Strafe steht. Der Kanton Bern nimmt in der Bekämpfung von Menschenhandel eine Vorreiterrolle ein. Der Motionär würdigt die bisherigen Bestrebungen des Kantons, das freut mich. Ich gehe einig mit ihm, dass dieses Phänomen nach wie vor in einem zu grossen Ausmass stattfindet. Der Regierungsrat erachtet es in Anbetracht der breiten Palette von neuen Herausforderungen für die Strafverfolgungsbehörden, insbesondere für die Polizei, als wenig sinnvoll, Kapazitäten für ein spezifisches Deliktsfeld zu verstärken. Das ginge bei gleichbleibenden Ressourcen zulasten von anderen Aufgaben und würde unnötig die Flexibilität der Polizeiarbeit einschränken. Deshalb ist der Regierungsrat froh, dass der Punkt 1 zurückgezogen wurde.

Eine grosse Herausforderung des Menschenhandels ist die Identifizierung der Opfer. Bei diesem Identifikationsprozess ist die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure – der Polizei, der kantonalen Strafverfolgungsbehörde, der NGO – unabdingbar. Im Kanton Bern besteht mit dem KOGE eine Plattform, welche sich diesem Thema widmet. Neben den erwähnten Partnern auf kantonaler Ebene sitzen auch national tätige NGO und das Bundesamt für Polizei (Fedpol) mit am Tisch. Weitere Schritte scheinen nicht notwendig, das Netz funktioniert. Die Ziffer 2 kann somit angenommen – selbstverständlich auch als Postulat – und abgeschrieben werden.

Schliesslich wird mit der Ziffer 3 gefordert, die nationale Meldestelle gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung finanziell zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit der Meldestelle funktioniert gut. Die Finanzierung soll national geregelt sein, da es sich um eine nationale Stelle handelt. Der Regierungsrat ist bereit, im Verbund eine finanzielle Beteiligung mit anderen Kantonen zu prüfen und beantragt deshalb, die Ziffer 3 anzunehmen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über den Punkt 2 als Motion und über den Punkt 3 als Postulat ab. Wer den Punkt 2 als Motion überweist, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Vote (ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 140

Nein / Non 1

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben den Punkt 2 der Motion angenommen, mit 140 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen.

Wir stimmen über die Abschreibung ab. Wer den Punkt 2 abschreiben will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2; Abschreibung)

Vote (ch. 2 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 122

Nein / Non 21

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben den Punkt 2 der Motion abgeschrieben, mit 122 Ja- zu 21 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wer den Punkt 3 als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3 als Postulat)

Vote (ch. 3; adoption sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 124

Nein / Non 23

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben den Punkt 3 als Postulat angenommen, mit 124 Ja- zu 23 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.